

— geisterte durch die westlichen Staatskanzleien (SPIEGEL 48/1961), und Kroll wurde angewiesen, dem Amerikaner Thompson nicht noch einmal dazwischenzufunken.

Nun verschwieg Kroll seinen westlichen Kollegen in Moskau zum zweitenmal ein deutsch-sowjetisches Geheimnis.

Seine Bonner Zentrale dagegen informierte der Botschafter sofort telegraphisch über das Dokument. Sie entschied, das Schriftstück eigne sich nicht zur chiffrierten Übermittlung, und bat um Übersendung durch Kurier.

Per Bahn traf der diplomatische Bote am 29. Dezember am Rhein ein. Außenminister Schröder machte Urlaub in Kampen auf Sylt. Sein Staatssekretär Carstens hielt es für richtig, Iljitschews Dokument gleich dem Bundeskanzler vorzulegen. Die Marschroute war rasch abgesteckt: das Papier totschießen ...

Erste in die Presse eingesickerte Meldungen dementierte am 3. Januar das Auswärtige Amt in Bonn ausweichend: Kroll habe Chruschtschow seit November nicht gesprochen; im übrigen habe man in Bonn keinen Überblick, wann Kroll etwa Routinebesuche im Moskauer Außenministerium mache.

Am Tage dieses Dementis wurde Kroll von Bonn endlich angewiesen, den US-Botschafter Thompson über das sowjetische Papier vom 27. Dezember zu informieren. Dem Amerikaner gelang es nicht, seinen Ärger darüber zu unterdrücken, daß er inzwischen mit Gromyko hatte verhandeln müssen, ohne den Schriftsatz an Bonn zu kennen.

Einen Tag später, am 4. Januar, verstand sich das Bonner Außenamt dazu, auch öffentlich einzugestehen, daß Kroll im sowjetischen Außenministerium gewesen sei, und einen Tag später, am 5. Januar, gab es zu, daß der Botschafter dort eine Denkschrift bekommen habe.

Das alte Mißtrauen gegen die Deutschen war damit weltweit wachgerufen. Es wurde durch einen sowjetischen Trick gefördert: Moskau hatte der Aufzeichnung — ohne Anrede und Unterschrift — die Form eines Aide-mémoire

UNTER VIER AUGEN

Aus Moskaus Aide-mémoire

Der ehemalige amerikanische Präsident Eisenhower hat in seinen Gesprächen mit N. S. Chruschtschow auseinandergesetzt, es sei die wirtschaftliche Macht der Bundesrepublik und ihre Fähigkeit, die Westmächte, vor allem auch die Vereinigten Staaten, auf den Weltmärkten wirksam zu bedrängen, gewesen, die die amerikanische Regierung veranlaßt habe, Westdeutschland zum Ausbau seiner Streitkräfte und zur Aufrüstung zu bewegen. Wenn die Bundesrepublik nicht in das Wettrüsten einbezogen werde, erklärte Eisenhower, so werde sie ihr wirtschaftliches Potential weiter stärken und zum Schaden ihrer Nato-Verbündeten noch vorteilhaftere Positionen im Welthandel erobern.

In seinem jüngsten Gespräch mit dem Botschafter der UdSSR in der Bundesrepublik sagte Bundeskanzler Adenauer, er glaube nicht, daß es wegen solch einer verhältnismäßig unwichtigen Frage wie Westberlin zum Kriege kommen könne.

gegeben (Adenauer: „Sehr komisch“), wie es Diplomaten einander als Gedächtnisstütze nach einer vorausgegangenen Unterhaltung überreichen. Dadurch wurde der Eindruck deutsch-sowjetischer Geheimverhandlungen erweckt.

Mittlerweile war zwar den argwöhnischen Botschaftern der drei Westmächte in Bonn das geheimnisvolle Dokument zugestellt worden. Veröffentlicht aber wurde es nicht.

Kanzler Adenauer am letzten Montag zu britischen Zeitungskorrespondenten: Man dürfe nicht „soviel Aufhebens“ davon machen; das Schriftstück enthalte „nichts Neues“ und solle nur

die Bundesrepublik gegen die drei Westmächte aufbringen.

Auch als Außenminister Schröder und Außenamts-Staatssekretär Carstens darauf drangen, nun doch den vollen Wortlaut zu publizieren und damit allen erdenklichen Spekulationen zu begegnen, wies der Kanzler sie mit innenpolitischen Argumenten ab:

Das Sowjet-Papier mit seinen handelspolitischen Verheißungen („Die sozialistischen Länder stellen ohne Übertreibung einen Ozean für den Absatz von Industriewaren dar“), mit seinem schmeichlerischen Lob („Das begabte deutsche Volk“) und den Zitaten aus sowjetisch-amerikanischen und sowjetisch-deutschen Intim-Gesprächen (siehe nebenstehenden Auszug) würde Unruhe im Volke stiften.

Indes, am Montagabend letzter Woche kam ins Bundeskanzleramt eine Information aus jener Druckerei, in der das Bulletin der Bonner Russen-Botschaft — „Die Sowjetunion heute“ — gedruckt wird: Der nächsten Ausgabe solle der Text des Aide-mémoire beigelegt werden.

Da gab Adenauer das Dokument frei.

LÜBKE-REISE

Scheußlich heiß

Schon beim Neujahrsempfang in der Villa Hammerschmidt hatte Bundespräsident Lübke es dem rüstigen Altkanzler Adenauer gestanden: „Ich glaube, daß das scheußliche Klima dort in Afrika mir mehr zu schaffen machen wird als die Repräsentation.“

Auch auf dem Flughafen Wahn galt dieser Sorge sein letztes Wort an die Deutschen: An seinem Reiseziel werde es „furchtbar heiß“ sein, sagte der Präsident in die Mikrophone, da der Temperaturunterschied zwischen den Gestaden des Rheins und der Küste Afrikas 35 bis 40 Grad Celsius betrage.

Dann flog Heinrich Lübke als erster deutscher Präsident in den Schwarzen Erdteil — zu Staatsbesuchen in die Westküsten-Republiken Liberia, Guinea und Senegal. Der Bundespräsident kam wie ein „Freund zu den Menschen Afrikas“ (Regierungs-„Bulletin“).

Neger-Freund Lübke begann seine Afrika-Tournee in Monrovia, Hauptstadt der ältesten afrikanischen Republik Liberia (110 000 Quadratkilometer; 1,5 Millionen Einwohner). Vor 115 Jahren hatten freigelassene Sklaven aus Amerika den Bosambo-Staat installiert.

Auf hektographiertes Geheiß ihres Botschafters Alfred L. Ries versammelten sich die Deutschen auf dem Flugplatz von Monrovia in einer großen Gruppe, hatte doch Ries gebeten, „nach Möglichkeit auch alle Kinder mitzubringen, soweit sie nicht zu klein sind“. Und: „Schwarzrotgoldene Fähnchen werden auf dem Flugplatz verteilt.“

Nach vier Tagen Aufenthalt in Liberia besucht Bundespräsident Lübke in dieser Woche den neuen Staat Guinea (246 000 Quadratkilometer; 2,7 Millionen Einwohner). Wie kein anderes schwarzes Staatsoberhaupt versteht es Guineas Landesvater Sékou Touré als Wanderer zwischen den beiden Halbwelten. Ost und West, seinem Herrschaftsgebiet durch Entwicklungshilfe aus Washington (2 Millionen Dollar), Moskau (35 Millionen Dollar) und Peking (25 Millionen Dollar) die Segnungen der Zivilisation zukommen zu lassen.



Afrika-Reisender Lübke, Gattin: Idealgestalt im Busch

Im Senegal (200000 Quadratkilometer; 2,3 Millionen Einwohner) schließlich trifft das Ehepaar Lübke auf den dichtenden Staatspräsidenten Léopold Senghor und dessen französische Ehefrau Colette, die beide erst vor drei Monaten, im November 1961, zur Staatsvisite in Bonn geweiht hatten. Damals fand Senghor, der während des Krieges zwei Jahre als Kriegsgefangener in Deutschland festgehalten worden war, Worte der Verbundenheit zwischen Negern und Deutschen: „Bei uns wie bei Ihnen wird die Seele nie dem Verstand geopfert.“ Und: „Die Atmosphäre in Bonn entspricht den politischen Idealen des Senegal.“

Alle drei Länder erhoffen für ihren weiteren Aufschwung die Hilfe Bonns, ist doch, wie das „Bulletin“ erkannte, die Bundesrepublik „bei den Menschen Afrikas schon zu einem Begriff geworden, der sich mit Vorstellungen von einem fernen großen Land verbindet, aus dem Maschinen, Traktoren und viele andere Dinge kommen“. In der Tat:

- ▷ Liberia erhält derzeit einen 50-Millionen-Kredit (neben dem sich die amerikanische Hilfe von 30 Millionen Dollar vergleichsweise gering ausnimmt) und will damit Straßen, Flugplätze und Wasserleitungen bauen;
- ▷ Guinea bezieht demnächst einen Kredit von 25 Millionen Mark, der vor allem der Wasserversorgung zugute kommen soll;
- ▷ Senegal hat gleichfalls eine Zusage auf 25 Millionen Mark, nannte jedoch noch keine Projekte, die damit finanziert werden sollen.

Außer Bargeld erhielten und erhalten die drei afrikanischen Republiken Gerät nebst Personal:

- ▷ In Liberia wird auf Kosten der Bundesrepublik eine Gewerbeschule errichtet, Flugzeugpersonal ausgebildet, ein Plan zur Neugestaltung von Monrovia ausgearbeitet und eine Inventur des Waldes vorgenommen;
- ▷ in Guinea entsteht ein Lehr- und Musterbetrieb für die Fleischverwertung, ferner erhielt Sekou Touré einen Forschungs-Fischkutter, drei Muster-Räucherplätze für Fische, eine fahrbare Krankenstation, eine fahrbare Veterinärstation mit einem von Bonn besoldeten Tierarzt, eine Pflanzenschutz-Station mit Sachverständigen und — gleichfalls kostenlos — Straßenbau-Spezialisten;
- ▷ Senegal schließlich mußte sich bis jetzt mit einer fahrbaren Trinkwasseranlage und einer deutschen Expertise zur Verarbeitung von Fischereiprodukten begnügen.

So wird der große weiße Mann vom Rhein zweifellos, wie die „Süddeutsche Zeitung“ mehrdeutig meinte, seinen schwarzen Gastgebern „als das Idealbild erscheinen, das sie sich von einem Deutschen gemacht haben“.

BAUPREISE

Schrecklich einfach

Seit Konrad Adenauer von seinem Rhöndorfer Besitztum eine 1200 Quadratmeter große Parzelle abgeteilt hat und darauf ein Eigenheim für seinen jüngsten Sohn Georg errichten läßt, ist eine konjunkturpolitische Erkenntnisjah in des betagten Kanzlers Be-

wußtsein gedrungen: Das Bauen in Westdeutschland ist teuer, und die Baupreise steigen unaufhörlich.

Der Bauherr von Rhöndorf begab sich alsbald auf einen seiner sporadischen Ausflüge in die Wirtschaftspolitik. Er beschwerte sich telephonisch bei Wohnungsbauminister Paul Lücke über die Baupreismisere, erfuhr, daß für dieses Gebiet der ungeliebte Kronprinz Lud-



Adenauer-Villa, Adenauer-Baustelle: Inflation im Garten

wig Erhard zuständig sei, und ließ daraufhin seinem Zorn mit verdoppeltem Elan freien Lauf, nunmehr voll innerer Anteilnahme.

Vor dem im „Verein Unionspresse“ organisierten CDU-Journalisten entsetzte sich der Kanzler am Jahresende über die „Enteignung der Bausparer“: Allein im Jahre 1961 seien die Baupreise um 9,8 Prozent gestiegen; die gleiche Steigerung werde für 1962 erwartet. Adenauer machte die Parteijournalisten damit vertraut, daß er solche „ernsten Zeichen“ mit Sorge betrachte, die aber „im großen und ganzen vom Wirtschaftsministerium nicht geteilt wird“.

Ludwig Erhard verzichtete auf eine Replik. Dafür schoß der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie zurück: „Mit deutlich spürbarer Empörung wird von den gestiegenen Baupreisen gesprochen. Es dient jedoch nicht der Wahrheitsfindung, wirtschaftliche Sachverhalte zu einem Politikum zu machen und in schrecklicher Vereinfachung an Masseninstinkte zu appellieren.“

Dann trug der Verband seine eigene Version der Wahrheit vor. Nicht alle Baupreise seien so stark gestiegen wie die Preise für Wohnbauten, und in dieser Sparte liege die Hauptschuld an der Verteuerung auch nicht beim Bauhauptgewerbe. So seien die Preise für Erd-

Grund- und Rohbauarbeiten im vergangenen Jahr nur um 6,8 Prozent gestiegen, dagegen seien für Ausbauarbeiten acht Prozent und für haustechnische Anlagen 9,3 Prozent mehr gefordert worden.

So gelangten die Verbands-Statistiker zwar von der für sie schrecklichen Vereinfachung zu einem weniger eindeutigen Bild, aber die Inflation auf

der Baustelle blieb dennoch ein Politikum: Von November 1960 bis November 1961 kletterten die Preise für Wohnbauten um 8,6 Prozent und übertrafen damit noch die Teuerung des Vorjahrs (November 1959 bis November 1960: 7,4 Prozent Preisanstieg).

Der Verband ließ es denn auch nicht bei Zahlenspielen bewenden. Mit verblüffender Funktionärslogik wurde vielmehr die These verfochten, der Bausparer sei „Gewinner des Preis-auftriebs, nicht dessen Opfer“. Während der Sparzeit verliere zwar das zurückgelegte Geld an Kaufkraft, wenn aber der Bau vollendet sei, profitierten die Eigentümer vom Wertzuwachs ihrer Häuser.

Empörte sich die „Frankfurter Allgemeine“: „Hexeneinmaleins. Alles war falsch, was wir bisher gewußt haben. Kaufkraftminderung als Ziel solider Wirtschaftspolitik! Eigentum durch Inflation! Nur schnell heraus aus der Deutschen

Mark und hinein in den Sachwert; ... was hier zum Ausdruck kommt, ist blanker wirtschaftspolitischer Zynismus.“

Inzwischen hat des Kanzlers Donnerwort auch im Hause Erhard Reaktionen ausgelöst, die jedoch kaum mehr heißen als die Geschäftigkeit der Verbände. Sowohl Erhard als auch Lücke wissen bereits aus der schmerzlichen Erfahrung des vergangenen Jahres, daß die Bauinflation stärker ist als sie.

Damals hatte der Wirtschaftsminister die Bauherren der Öffentlichen Hand beschworen, sich mit Aufträgen zurückzuhalten, und Paul Lücke wollte erreichen, daß für mehrere Monate keine Baugenehmigungen mehr erteilt würden. Lückes Plan scheiterte am Veto der Länder, Erhards Appell hatte keinen sichtbaren Einfluß auf den öffentlichen Baueifer, und die Parole des Wohnungsbauministeriums: „Wer später baut, baut billiger“ bringt Westdeutschlands Bausparer, die sie befolgten, heute mit Recht in Wut.

Das neueste Rezept der Erhard-Beamten: Sie bearbeiten Westdeutschlands Kreditinstitute, die Aufnahme von Hypotheken und Darlehen zu erschweren und so die Lust am Bauen zu vermindern. Selbst wenn das Vorhaben glück-